

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda



Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsbaumwundschadens, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Max, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Ercheinungspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich 1,80, jährlich 3,60, bei Vorzahlung halbjährlich 1,60, jährlich 3,20. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Zeitsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pf., dreiseitige Anzeigen 8 Pf. Im Tagblatt die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 134

Freitag, den 10. Juni 1932.

87. Jahrgang

Bedeutende Programmrede des Reichsinnenministers

Gegen den Zentralismus. — Die Weimarer Verfassung ist reformbedürftig. — An der Staatsform soll nicht gerüttelt werden.

Berlin, 9. Juni. Der neue Reichsinnenminister Freiherr v. Engel hat im Reichsrat, in dem er den Vorsitz führt, eine bedeutende politische Ansprache. Er erklärte, daß er von den Pflichten seines Amtes als Verfassungsminister tief durchdrungen sei. Die Eigenart der deutschen Stämme betrachte er als etwas Heiliges, das mit Verständnis und Liebe behandelt werden müsse. Der künftige Hochstand des Volkes beruhe nicht auf der Befruktion durch eine Zentralis und die Eigenart und das Eigenleben der Länder würde selbstverständlich nicht angefaßt werden.

Für Preußen erwarde das Reichskabinett das rasche Zustandekommen einer Regierung, die hoffentlich mit der Reichsregierung in den großen Fragen der Nation übereinstimmen werde. Es sei noch nicht die Zeit gekommen, zu der großen Aufgabe der Reichsreform seitens des Kabinetts Stellung zu nehmen. So dringend auch die Notwendigkeit dieser Aufgabe sei, so lägen doch noch dringendere Aufgaben vor, aber das soll kein Aufschub der Reichsreform auf die lange Bank bedeuten. Das Kabinett könne seine Aufgabe nur schrittweise lösen, und das gelte auch für die Verfassungsreform. Die Weimarer Verfassung sei vielfach durchbrochen und nach allgemeiner Auffassung reformbedürftig. An diese Arbeit werde man mit Eifer und Ehrgeiz herangehen. Der Minister betonte jedoch sehr nachdrücklich, daß das Gerücht von einer Veränderung der Verfassung in der Richtung einer Wiederherstellung der Monarchie schädliches Gerede sei.

Er werde seine angelegene Ueberzeugung nicht verleugnen, daß er die Monarchie für die beste Staatsform halte, aber in der Gegenwart stünde die Frage, ob Republik oder Monarchie, nicht gelöst werden. Wir sind mit dem ganzen Volke heute so mit Lasten und Mühen schwerster Art beladen, daß wir erst versuchen müssen, diese Bürden ledig zu werden, ehe wir überhaupt

die Möglichkeit haben, uns mit der Staatsform zu befassen.

Obher als die Form steht der Staat der Deutschen, den zu retten unsere einzige Pflicht ist.

Ich denke als Verfassungsminister nicht daran, unser Volk durch Aufstellung der Frage der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen, und ich verbitte mir deutlich jeden Zweifel an meiner in die Hand des Herrn Reichspräsidenten geleiteten Verfassungstreue. So wie ich denken der Herr Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts unter bewußter und pflichtgemäßer Hinanlebung aller persönlichen Anschauungen und Gefühle.

Zum zweiten ein Wort über die angebliche realistische Einstellung des Kabinetts und meiner Person. Wir müssen die nun einmal in der Öffentlichkeit erfolgte Abstrempelung als realistisch mit Würde und einem gewissen Humor tragen, bis das deutsche Volk einmal erkennt, wie falsch diese Kennzeichnung gewesen ist. Wir stehen alle im Leben und sind bis zu dieser Stunde in Verbindung gewesen mit dem Leben unseres Volkes und werden es auch zu bleiben. Wir wissen, daß man Vergangenes nicht wiederherstellen kann, wie man Ruinen nach alten Plänen und Bildern wieder aufbaut. Ein Volk ist ein Lebewesen, das sich täglich zum Leben weiter entwickelt und das niemals stillstehen oder sich zurückentwickeln kann zu einem gewissen Zustand. Wir wollen helfen, daß unser Volk lebt und einer besseren Zukunft entgegengeht. Darum wollen wir einen

organischen Fortschritt und keinen Rückschritt. Wir tragen bei dieser Arbeit nicht die uns angeblich den Scheitern. Wir sind keine Vertreter einseitiger Ständes- oder Berufsinteressen, sondern Reichsminister, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volksgenossen gehört, erwachsen aus der Liebe zu unserem Volke und unserem Vaterlande.

Der Minister erinnerte dann an seine Kriegserlebnisse, in denen er eine heisse Liebe zu den armen Volksgenossen gefaßt habe. Man könne das Volk ruhig erhalten, wenn man sich für das richtig verstandene Wohl der arbeitenden Klasse einsetze. Manche Maßnahmen der nächsten Zeit würden wahrscheinlich mißverstanden werden, aber das Kabinett müsse auf diesem Gebiete seine Pflicht tun. In den nächsten Tagen werde eine Neuordnung der Vorschriften über Versammlungen und Umzüge, und über militärische Organisationen erscheinen, und zwar mit einer Milderung der bestehenden Bestimmungen.

Das Kabinett beabsichtige, den Wahlvorbereitungen der politischen Gruppen volle Freiheit zu lassen, damit am 31. Juli der Wille des Volkes deutlich zum Ausdruck komme.

Es sei entschlossen und habe auch die Nerven dazu, die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln des Staates zu schützen.

Der Minister ging dann kurz auf die Pflege des Deutstums im Ausland und auf die Wohnungsfrage ein, und legte dann ein unumwundenes Bekenntnis zur Pflege des Berufsbeamtentums ab. Im Rundfunk und im Lichtspielwesen forderte er die Betonung des deutschen Geistes und die Ausmerzung fremder Einflüsse. Die machtvollste nationale Bewegung der Gegenwart müsse als eine staatsbehaltende Kraft gewertet und ausgenutzt werden.

Trotz aller Hindernisse gebe das Kabinett mit festem Mut und Vertrauen an seine Arbeit, weil es die Verantwortung vor Gott und dem Volke lebendig fühle. Deshalb habe es sich entschlossen, das Steuer in die Hand zu nehmen, und die Geschichte werde lehren, ob es damit recht oder unrecht getan habe.

Guter Eindruck.

Berlin, 10. Juni. Die Rede, die der neue Reichsinnenminister, Freiherr v. Engel, Donnerstag nachmittag im Reichsrat gehalten hat, ist von einer über den sonstigen Kreis der Besucher des Reichsrates weit hinausgehenden Hörerschaft mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen worden. Die Rede hat zweifellos einen günstigen Eindruck hinterlassen, da sie in derselben klaren und deutlichen Sprache, in der schon die Regierungserklärung abgefaßt wurde, Aufschluß über die Anschauungen und die Ziele der Reichsregierung gab. Es zeigte sich auch in dieser Rede erneut, daß das jetzige Reichskabinett im Hinblick auf die politischen An-

schauungen seiner Mitglieder offenbar durchaus einheitlich zusammengesetzt ist und daß in seinen Auffassungen und Zielen eine bemerkenswerte Einheitlichkeit obwaltet. Der Minister konnte sich wiederholt darauf berufen, daß der Kanzler und die Kabinettsmitglieder mit ihm in den verschiedensten Fragen vollkommen einer Meinung sind.

Angesichts der absolut konservativen Einstellung der neuen Regierung war es eine Selbstverständlichkeit, daß der Innenminister sich sehr nachdrücklich auf den föderalistischen Standpunkt stellte, ohne die Notwendigkeit der Reichsreform zu verkennen. Man wird jedoch nach dieser Rede überzeugt sein können, daß die Reichsregierung in allen an die Verfassung und an den Aufbau des Reiches rührenden Fragen große Zurückhaltung an den Tag legen wird.

Von einem aktiven Minister hat man allerdings noch niemals ein so unumwundenes Bekenntnis zum monarchischen Gedanken gehört, wie es Freiherr v. Engel heute zugleich namens des Kanzlers ablegte. Diese Offenheit wirkt jedenfalls sympathisch, besonders da mit diesem grundlegenden Bekenntnis zugleich die sehr stark unterdrückte Bewegung verbunden war, daß für die Gegenwart irgendwelche Änderungen der Staatsform nicht in Betracht kommen können.

London schenkt der Reichsratsrede des Reichsinnenministers große Beachtung

London, 9. Juni. Die Rede des deutschen Reichsinnenministers vor dem Reichsrat findet in der Morgenpresse große Beachtung.

Vor einer Umorganisation der Sozialversicherung.

Berlin, 9. Juni. Wie wir erfahren, hat Reichskanzler v. Papen heute den Berliner Oberbürgermeister Dr. Schum und den Geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Mufert, empfangen. Beide Herren schilderten dem Reichskanzler die Notlage der deutschen Gemeinden und unterbreiteten ihm gleichzeitig Vorschläge zur Ausbalancierung der Gemeindehaushalte. — Auch der Präsident des Deutschen Landkreistages, Dr. von Stempel, wurde empfangen. Er hielt dem Reichskanzler einen Vortrag über die Finanzlage der Landkreise, im Zusammenhang mit der Notverordnung der Reichsregierung, die auch auf die Gemeindehaushalte eine wesentliche Einwirkung ausüben soll. Wie das Nachrichtenbüro des W.D. von gut unterrichteter Stelle hört, hat Reichskanzler von Papen bei den Verhandlungen mit den verschiedenen Interessenten immer wieder darauf hingewiesen, daß eine vollständige Umorganisation der Sozialversicherung durch Notverordnung erfolgen werde.

Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft?

Wie in Berliner politischen Kreisen verfaßt, beabsichtigt die Reichsregierung eine grundlegende Änderung der bisherigen Wohnungspolitik vorzunehmen, und zwar soll die amtliche Wohnungszwangswirtschaft sobald als möglich aufgehoben werden. Weiterhin soll verjagt werden auf jede amtliche Förderung des Wohnungsbauwesens, der allein der privaten Initiative überlassen bleiben soll. Es wird infolgedessen damit gerechnet, daß die Wohnungsabteilung des Reichsarbeitsministeriums aufgehoben wird.

Eine Bestätigung aus Regierungskreisen liegt noch nicht vor.

Verordnung über die Benutzung des Rundfunks durch die politischen Parteien.

Berlin, 9. Juni. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird der Reichsinnenminister noch im Laufe des heutigen Tages einen Erlaß herausgeben, der die Benutzung des Rundfunks durch die politischen Parteien außer den Kommunisten während des Wahlkampfes regelt.

Im Zusammenhang damit wird zu den Meldungen über einen beabsichtigten Rundfunkvortrag des nationalsozialistischen Parteiführers Adolf Hitler mitgeteilt, daß die nationalsozialistische Hörerorganisation, der Reichsverband deutscher Rundfunkteilnehmer, beim Reichsinnenminister die Genehmigung für einen Vortrag Adolf Hitlers nachgesucht hat. Der Reichsinnenminister hat dazu erklärt, daß er

Tageschau.

Im Sächsischen Landtag gab Ministerpräsident Schick eine Erklärung über die Frage der Bestimmung eines Reichskommissars in den Ländern.

Der neue Reichsinnenminister Freiherr von Engel hielt im Reichsrat eine bedeutende Rede. Er betonte die Eigenart der deutschen Stämme, die mit Verständnis behandelt werden müssen und wandte sich gegen den Zentralismus. Die Weimarer Verfassung sei stark reformbedürftig, aber an der Staatsform solle nicht gerüttelt werden. Die machtvollste nationale Bewegung müsse als staatsbehaltende Kraft gewertet und ausgenutzt werden.

Die Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg und Baden haben an den Reichspräsidenten ein Telegramm geschickt, in welchem sie um einen Empfang am nächsten Sonnabend bitten.

Der Reichskanzler hat bei Besprechungen mit Vertretern kommunistischer Organisationen darauf hingewiesen, daß eine vollständige Umorganisation der Sozialversicherung durch Notverordnung erfolgen wird.

Im Reichsausschuß des Preussischen Landtags wurde ein nationalsozialistischer Antragsentwurf für alle Straftaten, die ausschließlich oder vorwiegend aus politischen Beweggründen begangen wurden, mit machtvollen Mehrheiten und verschiedenen Änderungen in erster Lesung angenommen.

Preußen hat mit einem unter Führung der preussischen Staatsbank stehenden Beamtensanatorium einen Ueberbedeckungscredit von 25 Millionen Mark abgeschlossen.

In München findet gegen den Schriftsteller Adel ein Meinungsverschiedenheit statt, in welchem Hitler als Zeuge vernommen wurde. Es kam dabei zu einem schweren Zusammenstoß Hitlers mit den beiden Verteidigern, die provozierende Fragen an ihn gerichtet hatten.

Die Reichsorganisation und die preussische Landtagsorganisation der nationalsozialistischen Volkspartei berieten in gemeinsamer Sitzung die politischen Aufgaben. Maßnahmen, die eine neue schwere Belastung der deutschen Volkswirtschaft zur Folge haben, sollen vermieden werden. Jede Wiederkehr von Unruhen müsse mit einer Säuberung des Verwaltungsapparates von den durch die bisherigen Regierungen eingesetzten Parteifunktionären beginnen.

Der Haushaltplan der Stadt München für das Rechnungsjahr 1932/33 schließt mit einem Fehlbetrag von 18 bis 19 Millionen Mark ab.

*) Ausführliches an anderer Stelle.